

**Protokoll
Vorstandssitzung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
17.12.2020 (letzte Sitzung: 23.11.2020)**

Ort	BIZ Wien – Großer Saal	
Beginn	12:06 Uhr 13:32 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Anderl Präs	
	Assigal VP	(entschuldigt)
	Gruber VP	
	Kniezanrek VP	
	Teiber VP	(entschuldigt)
	Brantner	
	Erne	
	Ferrari	(entschuldigt)
	Fetik	
	Katzian	(entschuldigt)
	Kubicek	(entschuldigt)
	Rudolph	(entschuldigt)
	Steinmetz	
	Vondrasek	
	Wadsack	
	Pöttl	
	Rasch	
	Rösch	(entschuldigt)
	Paiha	
Beratend	Klein Dir	(entschuldigt)
	Aschauer-Nagl BL	
	Bröthaler BL	
	Kubitschek DirStv	
	Kundtner DirStv	
	Trenner BL	
Vom Büro	Kauer	
	Lang	
	Marcon (Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Minassian (Betriebsrat)	(entschuldigt)
	Wenninger (Protokoll)	

Tagesordnung

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.11.2020

2 Beschlüsse

- 2.1 Bilanzprüfung 2020
- 2.2 Personalplan 2021
- 2.3 Fachausschussmittel 1. Quartal 2021
- 2.4 Förderung eines Beratungsauftrages betreffend IT-Strategie zur Umsetzung der bestehenden und zukünftigen Geschäftsmodelle des Vereins für Konsumenteninformation
- 2.5 Zuweisung der Anträge der 174. VV – Änderung der Ausschusszuweisung
- 2.6 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.7 Subventionen 2020 → Tischvorlage

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin - Anderl

3.2 Bericht des Direktors - Klein

- 3.2.1 Funktionsgebührenerhöhung mit 01.01.2021
- 3.2.2 Aktueller Bericht

3.3 Beratung - Trenner

- 3.3.1 Zwischenbericht SORA-Studie 2020
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung - Aschauer-Nagl

- 3.4.1 L14 AK Bildungs- und Berufsinformesse digital 2020
- 3.4.2 AWS-Online-Workshops „Pflichtpraktikum“
- 3.4.3 Lehrlings-Neuaufnahmen Wien und Bund
- 3.4.4 Sozialraum Monitor Wien
- 3.4.5 Novelle des Heizkostenabrechnungsgesetzes
- 3.4.6 Schutz für Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel
- 3.4.7 Aktueller Bericht

3.5 Information - Bröthaler

- 3.5.1 SOZAK – Einheit: „USA nach den Präsidentschaftswahlen“
- 3.5.2 SOZAK – Spezialeinheit: „Radikalisierung entgegenwirken“
- 3.5.3 IFAM-Weblounge „Vorlage und Prüfung der Jahresabschlüsse“ - Muss jedes Aufsichtsratsmitglied ein Columbo sein?
- 3.5.4 Aktueller Bericht

3.6 Soziales - Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten November 2020
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze Oktober 2020
- 3.6.3 Einschätzung Frühstarterbonus statt „abschlagsfreier“ Hacklerregelung
- 3.6.4 Arbeitskräfteüberlassung – Aktuelle Entscheidung Herbst 2020
- 3.6.5 Ausbildungsverbund Wien Corona – Tourismus
- 3.6.6 Wifo-Studie: „Senkung der Lohnnebenkosten und Finanzierungsvarianten“ (im Auftrag des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen)
- 3.6.7 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Herbstlegistik Steuer
- 3.7.2 Neue Unternehmenshilfe: Umsatzeratz während des Lockdowns vom 3. November – 6. Dezember 2020
- 3.7.3 AK Forderung nach einem Abschaltverbot und Recht auf Ratenzahlung bei Strom, Gas und Wärme
- 3.7.4 Homeoffice gerecht gestalten - Pressekonferenz 24.11.2020
- 3.7.5 EU und Vereinigtes Königreich – Verhältnis ab 1. Jänner 2021
- 3.7.6 Kooperationen und Studien – Digitalisierungsfonds
- 3.7.7 AK-ÖKOBÜRO Veranstaltung „Chancen der Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilitätswende – Die Agenda 2030 als Kompass für Umwelt und Arbeit“ (28.10.2020)
- 3.7.8 Eisenbahngesetz: Erfolg von AK und vda zur Dienstfreistellung von Bahnbeschäftigten nach schweren Unfällen
- 3.7.9 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Anderl begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 17.12.2020 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.11.2020

Anderl ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.11.2020.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 23.11.2020 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

TOP 2.1 Bilanzprüfung 2020

In den letzten Jahren wurde der Rechnungsabschluss gemeinsam von der Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und der BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH geprüft. Die gemeinsame Prüfung im Sinne einer doppelten Kontrolle hat sich aus unserer Sicht sehr bewährt.

Von der Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und der BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH wurde zugesagt, den Rechnungsabschluss 2020 gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 Abs 1 AKG 1992) gemeinsam zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

Als Honorar wird ein Pauschalpreis in der Höhe von € 33.600,- zuzüglich 20% USt. und Barauslagen veranschlagt (im Vorjahr € 32.900,- zuzüglich 20% USt. und Barauslagen).

Gemäß § 18 Abs 2 HO wird der Abschlussprüfer vom Vorstand vor Ablauf des Jahres bestellt, für das der zu prüfende Rechnungsabschluss erstellt wird.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beauftragt gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 AKG 1992) die Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und die BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH gemeinsam den Rechnungsabschluss 2020 zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

→ einstimmig angenommen

TOP 2.2 Personalplan 2021

Personalplan 2020 in Vollzeitäquivalenten ²	
◆ Bereiche	◆ Personal in VZÄ
Beratung	147,510
Bildung	98,000
Direktion	77,100
Information	153,750
Soziales	73,250
Wirtschaft	71,225
Summe¹	620,835

Personalplan 2021 in Vollzeitäquivalenten	
◆ Bereiche	◆ Personal in VZÄ
Beratung	149,060
Bildung	98,850
Direktion	80,875
Information	156,725
Soziales	73,525
Wirtschaft	70,875
Summe¹	629,910

Veränderung 2021		
nicht nachhaltige Besetzung	1,75	vorübergehende Aufstockung FA und LA (Stiftungsverwaltung) sowie BI (Archiv)
Stellenzuwachs	8,8	2,8 Aufstockungen aus diversen (Eltern)Teilzeiten, 1 Neustrukturierung AR, 1 KK-Assistenz, 1 KK Homepagebetreuung, 1 zur Einführung Qualitätsmanagement und Entlastung IR, 2 IT-Expert*innen
Stellenreduktion	-1,475	-0,25 Bibliothek, -0,225 ZV, -1 Sekretariat UV

Ergänzender Beschlussvorschlag:

Der Personalplan 2021 kann gegen Bericht im Vorstand

- zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs von Insolvenzen - so wie auch schon für den Personalplan 2020 beschlossen - um bis zu 5 VZÄ und
- zur Bewältigung des Corona bedingt stark angestiegenen Beratungsaufwand im Arbeitsrecht um bis zu 5 VZÄ

überschritten werden.

¹ exkl. Altersteilzeit-Freizeitphase, Karenzierte, Lehrlinge, BAK-Refundierte, Aushilfskräfte, PraktikantInnen und Personal für das Projekt Wahlsoftware 2024

² inkl. unterjährige Planaufstockung

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt den vorliegenden Personalplan 2021 mit der Ergänzung, dass der Personalplan gegen Bericht im Vorstand zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs von Insolvenzen - so wie auch schon für den Personalplan 2020 beschlossen - um bis zu 5 VZÄ und zur Bewältigung des Corona bedingt stark angestiegenen Beratungsaufwand im Arbeitsrecht um bis zu 5 VZÄ überschritten werden kann.

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.3 Fachausschussmittel 1.Quartal 2021**Beschluss:****Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Fachausschussmittel für das 1. Quartal 2021:**

Fachausschuss	Betrag	
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	38.367,00	
Gewerbe und Industrie	31.365,00	
Geld, Kredit, Versicherungen	15.225,00	
Werbung, Marketing, Kommunikation, ...	6.699,00	
Erwachsenenbildung, Erziehung, ...	6.699,00	
Graphische u Papierverarb Gewerbe	18.270,00	
younion _ Die Daseinsgewerkschaft	6.000,00	
Bauhauptgewerbe	19.183,50	
Bauhilfsgewerbe	13.702,50	
MalerInnen, AnstreicherInnen...	12.180,00	
Pflasterer und PflasterInnen	5.937,00	
SteinarbeiterInnen	4.872,00	
Hafner, Fliesenleger, Rauchfangkehrergew.	5.481,00	
TapeziererInnen	9.439,00	
TischlerInnen	14.311,50	
Bedienstete d.Privat- u.Ordenskrankenhäuser...	8.067,00	
Friseure/FriseurInnen,KosmetikerInnen....	21.240,00	
Denkmal-, Fassaden-, GebäudereinigerInnen	8.655,00	
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	8.655,00	
Soziale Dienste	7.287,00	
Gastronomie	8.610,00	
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	10.473,00	
Heime, Internate	6.681,00	
Schiene	7.134,00	
Bewachung und Sicherheit	6.831,00	
ArbeiterInnen im Handel und Transport	5.466,00	
Gartenbau und Floristik	8.325,00	
BäckerInnen	8.633,00	
FleischerInnen	5.694,00	
Getränke	6.090,00	
ZuckerbäckerInnen	12.439,00	
Chemie	7.613,00	
Metall- und Orthopädietechnik	9.698,00	
Sanitär, Heizung u Lüftungstechnik	16.656,00	
SpenglerInnen und Kupferschmiedinnen/-schmiede	9.394,00	
ElektroinstallationstechnikerInnen, GürtlerInnen....	15.179,00	
MechanikerInnen	13.048,00	

KälteanlagentechnikerInnen	11.250,00	
Textil-Bekleidung-Leder	7.613,00	
BerufskraftfahrerInnen	21.000,00	
Gesundheitsberufe	36.000,00	
	495.462,50	

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.4 Zuweisung Förderung eines Beratungsauftrages betreffend IT-Strategie zur Umsetzung der bestehenden und zukünftigen Geschäftsmodelle des Vereins für Konsumenteninformation

Der VKI benötigt dringend eine organisationsweite IT-Strategie, da bislang zwar in Zusammenhang mit dem Onlineauftritt und sonstiger Online-Kommunikation Digitalisierungsmaßnahmen getätigt wurden, nicht jedoch in Bezug auf die Gesamtorganisation und alle Produkte und Dienstleistungen betreffend. Es braucht daher eine „IT-Strategie für Digital Readiness“ oder anders formuliert eine IT-Strategie zur Umsetzung der bestehenden und etwaigen zukünftigen Geschäftsmodelle; d.h.: Welche IT-Infrastruktur und Organisationsstruktur braucht es für die Erbringung der Dienstleistungen und Produkte des VKI.

Um dieses große und aufwendige Projekt auf- und umzusetzen, braucht es eine externe Begleitung durch einen mit digitalen Transformationsprozessen erfahrenen Unternehmensberater. VKI-Geschäftsführer Mag. Hermann beziffert die Kosten mit ca. 70.000 bis- 80.000 Euro.

Konkret würden in der ersten Phase die Produkte und Dienstleistungen (bisherige Praxis und bestehende Konzepte sowie Sammlung neuer Produkt- und Dienstleistungsideen) und der damit verbundenen IT-Infrastruktur (Hard- und Software) erhoben. D.h. es erfolgt eine Evaluierung des Status quo und die Erarbeitung von Vorschlägen für neue Geschäftsfelder. Dann bedarf es einer Abstimmung mit den VKI-Mitgliedern hinsichtlich der potenziellen zukünftigen Betätigungsfelder des VKI.

In der zweiten Phase sollte es um den konkreten IT-Bedarf für die Umsetzung dieses Ziel-Portfolios gehen. Dafür ist Hardware, Software und Personal in richtiger Anzahl und Qualität notwendig. Für die IT-Umsetzung (Digitalisierung der Geschäftsmodelle) sind alle Teilbereiche des VKI auf Datenquellen und optimale Datennutzung zu überprüfen und dabei auch der Datenschutz und die Datensicherheit umfassend zu berücksichtigen und zu gewährleisten. Der Beratungsauftrag sollte im Ergebnis mit einem klaren Maßnahmenplan (nach Einzelmaßnahmen, Zeit und Kosten) abgeschlossen werden.

Dieses Projekt kann zudem die im Regierungsprogramm festgelegte „Evaluierung der Struktur und Tätigkeiten des VKI“ adressieren. Es gibt zwar keine gesicherten Informationen, wie die Regierung dieses Vorhaben umzusetzen beabsichtigt, informell ist bekannt, dass der Bund an eine externe Evaluierung denkt. Dies wäre durch dieses Projekt grundsätzlich gedeckt, sodass aus AK-Sicht keine zusätzliche externe Evaluierung nötig wäre.

Der VKI könnte zwar trotz prekärer Finanzlage diese Kosten grundsätzlich tragen, jedoch würde dies dem Ziel, Eigenkapital aufzubauen, entgegenlaufen. Daher sollte zumindest zum Teil dieses für den VKI so wichtige Projekt mit 50.000 Euro gefördert werden.

Zur Förderung speziell durch die AK Wien: Coronabedingt wurden geplante Studien in der Höhe von ca. 35.000 Euro (Auswertung Reisebeschwerden, Prämienhöhung Krankenzusatzversicherung), die der VKI im Auftrag der AK Wien durchgeführt hätte, nicht beauftragt, die Förderung des Projekts kompensiert daraus auch einen Ausfall von Einnahmen von unserer Seite. Die oben genannte Evaluierung umfasst auch die Beratung, hinsichtlich derer die AK Wien ebenfalls eine spezielle Rolle spielt, da – im Gegensatz zu vielen Länderkammern – die AK Wien nur AK-Mitglieder berät und daher ein Beratungsangebot für Nicht-Mitglieder wichtig ist (mangels Alternative würden sich auch Nicht-Mitglieder an die AK-Konsumentenberatung wenden) entsprechend kommt ein Drittel der Beratungsanfragen an den VKI aus Wien.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt, dass das Projekt „IT-Strategie zur Umsetzung der bestehenden und etwaigen zukünftigen Geschäftsmodelle“ des Vereins für Konsumenteninformation mit einmalig EUR 50.000.- gefördert wird.

→ einstimmig angenommen

TOP 2.5 Zuweisung der Anträge der 174. Vollversammlung - Änderung der Ausschusszuweisung

		Zuweisung neu:	Zuweisung lt Vorstandsbeschluss vom 23.11.2020
Gem DR 01	Beibehaltung der abschlagsfreien Pension nach 45 Arbeitsjahren	Ausschuss Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt
FSG 09	Nein zur Pflegelehre	Ausschuss Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt
FSG 11	Auffangleistungen zur Abfederung der Corona-folgen am Arbeitsmarkt	Ausschuss Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt
FSG 22	EU-Investitionsoffensive zum Ausbau der Eisenbahnnetze	Verkehr	EU und Internationales
AUGE/UG 01	Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Mobilien Pflege und Betreuung	Ausschuss Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt
GLB 02	Gegen Einführung der „Pflegelehre“ als niedrigschwelligen Zugang zum Pflegedienst	Ausschuss Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt

KOMintern 04	Bildungsoffensive durch massive Ausweitung des Fachkräftestipendiums	Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt	Ausschuss Jugend, Bildung und Kultur
---------------------	---	-----------------------------------	--------------------------------------

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die oben genannten Änderung der Antragszuständigkeit

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.6 Änderung in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Metall- und Orthopädietechnik (PRO-GE)

Ersatzmitglied neu

STEGER Adrian
MILADIC Sladjan

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.7 Subventionen 2021 → Tischvorlage

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subventionen 2020:

Nr	Antragsteller	gefördert 2019	Antrag für 2020	Beschluss
1	Verein Christliches Vereinshaus	€ 15.000,00	€ 20.000,00	€ 15.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>		Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
				Rückstellung <input type="checkbox"/>

Nr	Antragsteller	gefördert 2019	Antrag für 2020	Beschluss
2	Lois Weinberger-Institut	€ 7.500,00	€ 7.500,00	€ 7.500,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>		Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
				Rückstellung <input type="checkbox"/>

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin - Anderl

Anderl eröffnet den Bericht mit einem Rückblick auf 2020. Das Jahr habe mit einer neuen Regierung begonnen, deren Programm durch die ExpertInnen der AK einem gründlichen Gerechtigkeitscheck unterzogen wurde. Das Ergebnis sei durchwachsen gewesen, Anlass zu Jubelstürmen habe es nicht gegeben. Im Februar 2020 habe die AK ihre Kampagne „100 Jahre Gerechtigkeit“ gestartet, die für hervorragenden Widerhall gesorgt und insbesondere die junge Zielgruppe erfolgreich erreicht habe. Sowohl die Umsetzung des Regierungsprogrammes als auch die Kampagne zum hundertsten Geburtstag der AK sei im März jäh unterbrochen worden als Corona über das Land kam und das öffentliche Leben binnen kürzester Zeit zum Erliegen gebracht habe. In den folgenden Monaten hätten sich die Sozialpartner aktiv an der Bewältigung der Krise beteiligt und es habe sich einmal mehr der Wert der Sozialpartnerschaft in herausfordernden Zeiten gezeigt. Als AK habe man allen Grund, mit der eigenen Leistung zufrieden zu sein. Man habe zu Beginn der Pandemie innerhalb kürzester Zeit mit der Job & Corona-Hotline ein kompetentes Informationsangebot für zehntausende Menschen geschaffen und dadurch gemeinsam mit dem ÖGB viel beigetragen, die teilweise chaotische Situation rasch in strukturierte Bahnen zu lenken. Das habe sich auch im öffentlichen Ansehen der AK niedergeschlagen, so sei man im Vertrauensindex zeitweise noch vor dem Bundespräsidenten gelegen. Man habe sich jedoch nicht auf den Lorbeeren ausgeruht, sondern mit dem Konzept „Österreich neu starten“ bereits im Mai ein Programm zur Bewältigung der Krise vorgelegt. Gerade die Vorschläge zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes habe die Regierung aber bedauerlicherweise nicht aufgegriffen. Von dieser Zurückhaltung habe man sich jedoch nicht beirren lassen, am 15. September habe man Sozialpartner und Regierung zum Spitzengespräch über den Arbeitsmarkt geladen. Dort sei durch die Regierung die Gründung der umfassendsten Arbeitsmarktstiftung der Zweiten Republik in Aussicht gestellt worden. Sie **Anderl**, habe bereits damals an der Realisierung gezweifelt, die bisherige Untätigkeit gäbe dieser Skepsis bislang leider Recht. Der Regierung fehle es weiterhin an einer erkennbaren Strategie zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Obwohl die fortgesetzte Ausnahmesituation inzwischen sehr an den Kräften zehre, dürfe die allgemeine Disziplin keinesfalls nachlassen, warnt **Anderl**. Schon bisher seien die ökonomischen und sozialen Schäden enorm, eine fortgesetzte Lähmung des Wirtschaftslebens müsse daher unbedingt vermieden werden. Sie unterstütze daher die Teststrategie der Regierung, fordere aber, dass diese die Voraussetzungen schaffe, damit Beschäftigte möglichst im Unternehmen getestet werden könnten. Diesbezüglich gebe es inzwischen zumindest eine mündliche Vereinbarung zwischen dem ÖGB-Präsidenten und der Arbeitsministerin. Zum bevorstehenden Beginn der Impfkampagne gibt **Anderl** ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen würden, um bald eine Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen. Man sei als AK gegen eine Impfpflicht, sie, **Anderl**, nehme jedoch an, dass eine solche Verpflichtung faktisch auf Umwegen kommen werde, wenn etwa bestimmte Branchen wie Transport oder Tourismus auf der Vorlage von Impfbefreiungen bestehen würden.

In jüngster Zeit habe man gemeinsam mit sieben Partnern (u. a. Industriellenvereinigung, Nationalbank, Erste Bank, Wirtschaftskammer und ÖGB) die Stiftung „Wirtschaftsbildung“ gegründet, um zu unterstreichen, dass die Wirtschaft nicht nur aus den Arbeitgebern, sondern auch aus den Beschäftigten bestünde. Des Weiteren habe man sich um eine konstruktive Lösung des Themas Homeoffice bemüht und in den letzten Tagen entsprechende Gespräche geführt. Die Sozialpartner seien sich hier inzwischen weitgehend einig, der nächste Schritt sei das Gespräch mit der Arbeitsministerin am kommenden Montag, dann könne man hoffentlich zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Abseits des fehlenden Homeoffice-Reglements seien die durch Corona im Arbeitsleben hervorgerufenen Probleme allgemein bekannt: In vielen Unternehmen gäbe es Druck, sich im Verdachtsfall nicht bei der zuständigen Hotline 1450 zu melden, nach wie vor ließen außerdem vielfach die Bescheide auf sich warten, hier gäbe es offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten im Verwaltungsapparat. **Anderl** sieht hier

auch den Grund für die Zurückhaltung beim Testen: Da die Ergebnisse tagelang nicht vorlägen, man in dieser Zeit zwar eigentlich gezwungen sei gemeinsam mit seinen Angehörigen zuhause zu bleiben, andererseits keinen Anspruch auf Freistellung habe, sähen viele darin eine zwecklose Übung. Als AK dränge man daher darauf, die SMS-Benachrichtigungen über das Testergebnis einem Bescheid gleichzustellen. Besonderes Augenmerk müsse man darüber hinaus darauf legen, dass nicht die Kinder die VerliererInnen der Krise seien, weil man sie am Lernen hindere, statt alles dafür zu tun, einen möglichst effektiven Unterricht zu gewährleisten.

Anderl beglückwünscht die GPA zu ihrem Verhandlungsergebnis über die beiden verlängerten Samstage, an denen der Handel die Geschäfte nun bis 19.00 Uhr offenhalten dürfe, die Beschäftigten für diese Zusatzstunde aber 100 Prozent Zuschlag erhielten und sich überdies die Diskussion um die Sonntagsöffnung erledigt habe.

Der erste Teil des Berichtes steht zur Diskussion, **Kniezanrek** erteilt **Steinmetz** das Wort. Dieser berichtet aus dem AMS-Landesdirektorium, dass dort ebenfalls versucht werde, das Beste aus der arbeitsmarktpolitischen Konzeptlosigkeit der Regierung zu machen. Demnächst werde es für Interessierte eine Hotline geben, wo sich diese über Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten informieren könnten. Die von der Ministerin propagierte Offensive in Zukunftsberufe sei in der Realität jedoch nicht erkennbar, es existiere lediglich ein Bruchteil der öffentlich stets kommunizierten 100.000 Plätze.

Den zweiten Teil ihres Berichtes nützt **Anderl**, um Franz Georg **Brantner**, der seinen Ruhestand antritt, als Vorstandsmitglied schweren Herzens zu verabschieden. Als Betriebsratsvorsitzender von Herba Chemosan, Vorsitzender der GPA Wien, langjähriger Chefverhandler des Handels-KVs und Sprecher der Allianz für den freien Sonntag blicke **Brantner** auf ein langes, vielseitiges und ambitioniertes Wirken in der und für die Interessensvertretung der arbeitenden Menschen zurück. Sie, **Anderl**, habe das Privileg, ihn bereits aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu kennen und habe stets sehr seinen freundschaftlichen, kollegialen und verbindlichen Zugang geschätzt. Typisch für **Brantner** sei dessen ausdauernde Beharrlichkeit und Konsequenz. So habe er erst in vorgerückten Jahren begonnen zu laufen und sich dabei von Beginn an das Ziel gesteckt, am Ende einen Marathon durchzuhalten. Wie sie, **Anderl**, dem Magazin der GPA, der Kompetenz, beeindruckt entnommen habe, sei **Brantner** 2018 dann wirklich seinen ersten Marathon gelaufen. Sie habe daher allen Grund zur Annahme, ihn in einen aktiven Ruhestand zu entlassen. Namens der AK spricht **Anderl Brantner** für seinen wertvollen Beitrag ihren herzlichen Dank aus.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.2 Bericht des Direktors - Klein

Aufgrund einer akuten Erkrankung muss sich Klein entschuldigen, seinen Bericht übernimmt **Kundtner**. Sie verweist auf die Unterlage zur Funktionsgebührenerhöhung. Weiters habe vor der Sitzung eine außerordentliche Personalkommission getagt. Anlass seien mehrere Pensionierungen und dadurch notwendige Nachbesetzungen. Dies betreffe vor allem auch die Nachfolge von Sepp **Wöss** als Leiter der Abteilung Sozialpolitik, die Silvia **Hruska-Frank** antrete. **Anderl** begrüßt diese Entscheidung sehr.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.3 Beratung - Trenner

Trenner hatte ursprünglich die Ergebnisse der SORA-Studie zu den Erfahrungen von Mitgliedern mit Beratungsdienstleistungen der AK präsentieren wollen. Aufgrund der Corona-Pandemie seien hier jedoch Verzögerungen eingetreten, die Studie sei erst jetzt in Fertigstellung begriffen. Er, **Trenner**, könne jedoch bereits jetzt berichten, dass die Rückmeldungen durchwegs fulminant positiv ausgefallen seien, die Zufriedenheit liege über 90 Prozent. Dies sei umso bemerkenswerter, als man ja oft genug den Hilfesuchenden keine positive Nachricht geben könne und ihre Hoffnungen so zwangsläufig enttäuscht habe. Evaluert worden seien durch SORA außerdem Digitalisierungsmaßnahmen in der Beratung. Hier zeige sich, dass das Feedback ebenso positiv sei, allerdings wäre merkbar, dass den Mitgliedern der persönliche Kontakt überaus wichtig sei. Sobald die Studie vorliege, werde sie – voraussichtlich in der übernächsten Sitzung – selbstverständlich nachgereicht. Ergänzend zum aktuellen Bericht von Anderl und dem beschlossenen Personalplan fügt **Trenner** an, dass die Beratungen mit Beginn der Corona-Pandemie enorm zugenommen hätten, von 280.000 Kundenkontakten im gesamten Vorjahr auf bereits über 300.000 bis zum heurigen November.

Pörtl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des beschlossenen Corona-Hilfsfonds, der Solidaritätsstiftung. **Trenner** erwidert, diese sei in Gründung, leider sei die zuständige Stelle für die Ausstellung der Gemeinnützigkeitsbescheinigung, das Finanzamt, nicht willens, eine solche auszustellen, dies sei aber eine zwingende Voraussetzung für die Stiftungsgründung. Erfreulich sei immerhin, dass sich eine Einigung mit der Postbank als Projektpartner abzeichne.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl führt durch ihren Bericht und beginnt mit der Bildung. Die erstmals digital durchgeführte Berufsinformationsmesse L14 sei mit 7.000 BesucherInnen und über 50.000 Seitenaufrufen an den 30 virtuellen Informationsständen ein voller Erfolg gewesen. Auch der AWS-Workshop zum Thema Pflichtpraktikum sei coronabedingt als digitales Angebot organisiert worden, auch hier seien die bisherigen Rückmeldungen der Beteiligten äußerst positiv. Zu den Lehrlingsaufnahmen in Wien und im Bund berichtet **Aschauer-Nagl**, nachdem sich die AK für eine Erhöhung der Zahl der neu aufgenommenen Lehrlinge stark gemacht habe, hätte die Stadt Wien nun ihre Lehrlingskontingente erfreulicherweise verdoppelt, angesichts der Misere auf dem Lehrstellenmarkt sei das ein gutes Zeichen. Der Bund habe bisher keine validen Zahlen geliefert, hier werde man hartnäckig bleiben um zu eruieren, ob den Ankündigungen auch Taten folgten.

Paiha erkundigt sich, ob eine Ausdehnung der Gültigkeit der AK-Bildungsgutscheine von 2020 auf 2021 möglich sei oder angedacht werde, da infolge der Pandemie ja viele Kurse ausgefallen seien. **Aschauer-Nagl** erwidert, dass schon bisher der budgetäre Rahmen für die Bildungsgutscheine regelmäßig überschritten werde. Eine faktische Verdoppelung des Gutscheinkontingentes 2021 komme daher leider rein finanziell nicht in Betracht. Sie, **Aschauer-Nagl**, sei aber zuversichtlich, dass sich zumindest in dringenden Einzelfällen Lösungen finden ließen.

Aschauer-Nagl setzt mit dem kommunalpolitischen Bericht fort und verweist auf die Ergebnisse des Sozialraum-Monitors. Anlass zur Kritik gebe die Novelle des Heizkostenabrechnungsgesetzes: Trotz punktueller Verbesserungen gebe es in den Mehrparteienhäusern weiterhin zahlreiche Anfragen und Beschwerden, es sei nicht anzunehmen, dass dem durch die vorliegende Novelle abgeholfen werde.

Aus dem Bereich der Konsumentenschutzpolitik berichtet **Aschauer-Nagl**, dass im Rahmen der Umsetzung der europäischen Richtlinie für Mediendienste nun erstmals die an Kinder gerichtete Bewerbung ungesunder Lebensmittel im Fernsehen, Radio sowie im Internet unterbunden werde. Dies sei überaus erfreulich.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.5 Information – Bröthaler

Bröthaler berichtet, dass AK und ÖGB übereingekommen seien, die Fortbildung für Arbeitnehmervertreter größtmöglich auf digital umzustellen. In Ausnahmefällen und unter strengen Schutzmaßnahmen seien auch Präsenzveranstaltungen möglich. Zuletzt sei derartiges für eine Einheit zu Rhetorik und Körpersprache in der SOZAK gestattet worden, die digital kaum durchführbar wäre. Generell sei es erfreulich, wie rasch man mittlerweile in der Fortbildung in der Lage sei, auf aktuelle Entwicklungen wie die US-Wahlen oder den Wiener Terroranschlag einzugehen. Zuletzt berichtet Bröthaler, die IFAM-Weblounes, also abermals eine Ausweitung der digital abgewickelten Dienstleistungen, verliefen überaus erfolgreich, wie zuletzt die Einheit zur Prüfung der Jahresabschlüsse gezeigt habe, an der 130 Personen aus allen neun Bundesländern teilgenommen hätten. Es zeichne sich daher bereits jetzt ab, dass einige Formate auch künftig besser digital durchzuführen seien.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner widmet sich zunächst der vorgenommenen Einschätzung der Verfassungskonformität der Abschaffung der Hacklerregelung und eines Frühstarterbonus. Hier vertrete man die Auffassung, dass die Abschaffung trotz der relativ kurzen Übergangszeit von einem Jahr verfassungskonform sei. Der Frühstarterbonus sei eine Mogelpackung, weil von den anfangs 50.000 Begünstigten mittelfristig nur noch 30.000 übrigblieben. Auch an mehreren anderen Details sei erkennbar, dass hier die rasche Vorlage der Novelle wichtiger gewesen sei als deren durchdachte Ausgestaltung.

Der OGH habe erfreulicherweise im September entschieden, dass überlassene Arbeitskräfte nicht nur, wenn sie langfristig überlassen würden, sondern bereits mit Eintritt ins Unternehmen auch als dessen Beschäftigte anzusehen und daher in Betriebsratsfragen gleichberechtigt seien. Derzeit prüfe man im Lichte eines neuen EUGH-Urteiles außerdem, ob die fragliche Richtlinie in Österreich adäquat umgesetzt werde.

Um trotz coronabedingter Schließungen in der Gastronomie die dort absolvierten Lehren abschließen bzw. im Ausmaß von maximal vier Monaten fortsetzen zu können, hätten WKÖ, WAFF, AMS und AK den „Ausbildungsverbund Wien Corona“ ins Leben gerufen.

Das WIFO habe im Auftrag des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen eine internationale Vergleichsstudie zu Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten durchgeführt, die nun vorliege, die Erkenntnisse seien der Unterlage zu entnehmen.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek verweist auf die Unterlage zu den im Herbst beschlossenen steuerlichen Gesetzesänderungen. Wesentlich sei hier insbesondere die Reparatur des Kontrollsechstels, die man erfolgreich habe beeinflussen können. Ebenso sei erfreulich, dass das Pendlerpauschale auch im Fall von Kurzarbeit oder Homeoffice nicht eingeschränkt werde und die Steuerstundungen bis Ende März verlängert würde, dass es Steuerbefreiungen für Covid-Tests und -Impfungen geben werde etc. Wichtig sei das Öko-Paket, gewissermaßen die erste Stufe der ökosozialen Steuerreform. Diese sei eher schwächlich ausgefallen und beschränke sich auf geringfügige Maßnahmen wie die Förderung von Jahrestickets für Öffis und die Förderung von Dienstfahrrädern. Medial stark rezipiert worden sei die NOVA-Erhöhung, die auch bei Mittelklassewagen zu einer Preiserhöhung führen werde. Verteilungspolitisch seien solche Ökosteuern völlig unbedenklich, 70 Prozent der Neuwägen würden schließlich von Unternehmen gekauft. Die Umsetzung der AK-Forderung, steuerliches Wohlverhalten zu belohnen, indem nur bei steuerlichem Wohlverhalten Unternehmen Förderungen erhielten, sei weitgehend zahnlos erfolgt.

Zur Ausgestaltung des Umsatzersatzes während des letzten Lockdowns verweist **Kubitschek** Interessierte auf die Unterlage.

Im Zuge des ersten Lockdowns seien das zuständige Ministerium und die Energieanbieter übereingekommen, dass es während des Lockdowns trotz Zahlungsrückständen zu keinerlei Abschaltungen kommen solle. Zudem habe man seitens der Anbieter über 40.000 Stundungen und Ratenzahlungen gewährt. Weil die Krise aber weiterhin anhalte, wolle man einen erneuten Abschaltungsstopp bis mindestens Mitte März erreichen und ein Recht auf langfristige Ratenzahlung erwirken.

Der schriftliche Bericht enthält eine Pressekonferenzunterlage samt einer IFES-Studie zum Thema Homeoffice zur Information. In Sachen Brexit ändere sich die Lage gewissermaßen stündlich, hier werde man – hoffentlich – Ende des Jahres Genaueres wissen.

Zum Bereich Digitalisierung berichtet **Kubitschek** erstens von einer Kooperation mit dem Technischen Museum: Es gehe um eine zwei Jahre laufende Sonderausstellung zu Robotik und Künstlicher Intelligenz, die durch die AK gesponsert werde, wobei in der Ausstellung das Thema Arbeit im Zentrum stehe und erfreulicherweise die Perspektive der Beschäftigten dominiere. Zweitens habe man eine weitere, diesmal kleinere Kooperation mit der Stadt Wien initiiert, die Standards für faire Arbeit auf Arbeitsplattformen betreffe. Hier erarbeite die TU gegenwärtig eine Vorstudie, und man kooperiere auch mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut, da man dieses Thema auch auf europäischer Ebene künftig stärker verfolgen und dazu diesen Input nützen wolle. Drittens berichtet **Kubitschek** von einer Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem ÖKOBÜRO zum Zusammenhang von Digitalisierung und Mobilitätswende.

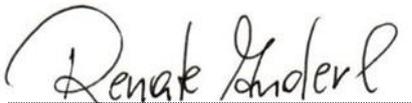
Erfreut zeigt sich **Kubitschek** abschließend über das jüngst verabschiedete Eisenbahngesetz. Es enthalte einen Punkt, für den man sich gemeinsam mit der Gewerkschaft VIDA lange verwendet habe, nämlich eine Dienstfreistellung von zumindest 72 Stunden und die Sicherstellung von psychologischer Betreuung für Beschäftigte in allen Eisenbahnunternehmen nach schweren Unfällen.

Namens der VIDA bedankt sich **Gruber** für die hervorragende Kooperation und die tatkräftige Unterstützung dieses Anliegens durch die AK und ganz besonders durch deren Verkehrsabteilung.

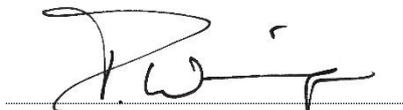
➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen!**

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Anderl** um 13.32 Uhr mit den besten Wünschen zu den bevorstehenden Feiertagen und einem herzlichen „Glück auf!“.


Die Präsidentin


i.V. des Direktor


Protokoll